

NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt
OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE
Presse

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 62 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Donnerstag, 14. März 1968

Einzelpreis 30 Pf

Unruhen in Polen weiten sich aus

In Krakau meutern die Studenten

Polizei knüpelt in Straßenschlachten Demonstranten nieder — Weitere Kundgebungen in Posen, Danzig und Lublin — Prag rügt Warschauer Genossen

WARSAU (dpa/upi/ap). Die Warschauer Studentendemonstrationen haben auf andere polnische Städte übergreifen. Während gestern in den Straßen der polnischen Hauptstadt Ruhe herrschte, trafen Berichte über Solidaritätskundgebungen von Studenten aus Krakau, Posen und Danzig ein. Pressemeldungen über Betriebsversammlungen war zu entnehmen, daß es auch in Lublin zu Demonstrationen und Zwischenfällen gekommen ist.

● In Krakau fanden offensichtlich regelrechte Kämpfe zwischen Tausenden von Studenten und Polizeieinheiten statt. Die Studenten marschierten unter Parolen wie „Die Studenten von Warschau sind nicht allein“ in die Innenstadt. Nach einem

Auch in Danzig sollen Studenten zusammengekommen sein, um ihrer Solidarität mit den Kommilitonen in der Hauptstadt Ausdruck zu verleihen.

Funktionäre des Amtes entbunden

Ministerpräsident Cyrankiewicz entbünd drei hohe Regierungsfunktionäre ihrer Ämter, weil deren Kinder an den Demonstrationen teilgenommen hatten. In Presseberichten wurden diese jungen Leute als Anführer der Demonstrationen bezeichnet.

In der Tschechoslowakei übte gestern Radio Prag scharfe Kritik am Vorgehen der polnischen Polizei gegen die demonstrierenden Studenten und sprach von „brutalen Akten“ der polnischen Polizei, die auch „die traditionelle Immunität der Universitäts“ verletzt habe, als sie zur Unterdrückung der Studentenunruhen in Universitätsinstitute eingedrungen sei.

Die tschechoslowakische Regierung war zu einer Kabinettsitzung einberufen worden, in der Verteidigungsminister General Lomsky und Innenminister Kudrna zu ihrem Fehlverhalten Stellung nehmen sollten. Beide Minister werden beschuldigt, im Fall des in die USA geflüchteten Generalmajors Jan Sejna versagt zu haben. Kudrna wird zusätzlich die Hauptschuld an den Zusammenstößen der Polizei mit demonstrierenden Studenten im Prager Stadtbezirk Strahov im Oktober vorigen Jahres zugesprochen.

● Ab 1. April werden die Polizisten nach Prager Pressemeldungen Nummern tragen, so daß sie gegenüber der Bevölkerung nicht länger anonym bleiben. Die Polizei hat sich inzwischen für ihr Verhalten bei den Studentendemonstrationen im letzten Oktober „entschuldigt“ und versprochen, künftig nur bei „kriminellen Vorfällen“ einzugreifen.

● Einen Solidaritätsmarsch für die protestierenden Warschauer Studenten veranstalteten rund 300 junge Mitglieder der „außerparlamentarischen Opposition“ in Westberlin. Die von der Polizei genehmigte Demonstration führte über den Kurfürstendamm zur polnischen Militärsaison.



DER GLÜCKLICHE ÜBERRASCHUNGSSIEGER des Popularitätstestes für die kommenden Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten war der Senator Eugene McCarthy (im Vordergrund). Nur knapp unterlag er dem Präsidenten Lyndon B. Johnson. (Ausführlicher Bericht auf der nächsten Seite.)

Fußball-Europapokal: Bayern München — FC Valencia 1:0 Lyon — Hamburger SV 2:0

Bericht und Funkbild im Sportteil

Bericht der britischen Nachrichtenagentur Reuter hatten sich etwa 3 000 Studenten in einem Park außerhalb der Stadt versammelt, um ihre Sympathie für ihre Warschauer Kommilitonen zu bekunden. Später zogen sie zum Universitätsgebäude im Zentrum der früheren königlichen Hauptstadt, wo sie nach Augenzeugenberichten von uniformierter Polizei und Staatspolizisten in Zivil „förmlich eingekreiselt“ wurden. In den engen Straßen prallten die Studenten und Polizisten dann aufeinander. Die Polizei setzte Gummiküppel ein.

Den Verkehr blockiert

Nach in Warschau vorliegenden Berichten versammelten sich in Posen Studenten vor dem Gebäude der Philharmonie an einer der Hauptverkehrsstraßen. Der Verkehr war zeitweise blockiert.

Mehr Hilfen für die Bauern verlangt

Bundestag debattiert über „Grünen Bericht“ — „Selbst Vollbauernhöfe gefährdet“

BONN (ap/upi). Unter dem Eindruck der jüngsten Bauerndemonstrationen in allen Teilen der Bundesrepublik stand gestern die Debatte des Bundestages über den 13. „Grünen Bericht“ der Bundesregierung. Sprecher der Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD forderten in Opposition stehenden FDP forderten struktur- und preispolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Lage in der deutschen Landwirtschaft.

Der CDU-Abgeordnete Bernhard Baucke griff die Europapolitik der Bundesregierung scharf an. Die Senkung der Getreidepreise in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der davon abhängige Preisverfall für tierische Veredelungsprodukte habe das Einkommen in der deutschen Landwirtschaft auf einen Stand hinabgedrückt, bei dem selbst „rationell geführte Vollbauernbetriebe“ in bedrohliche Existenzgefahr gekommen seien. Hinzu komme die im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung vorgenommene Kürzung des Agrarhaushalts, die besonders bedrückend empfunden werde, zumal auch das EWG-Anpassungsgesetz nicht erfüllt worden sei.

In der lebhaften Debatte ergriff auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Schmidt das Wort. Er sagte, die Unruhen unter den deutschen Landwirten seien eine politische Herausforderung an alle Bürger. Die Interessenvertreter der Bauerschaft hätten in der Öffentlichkeit allerdings eher Verärgerung provoziert, als Verständnis für ihre berechtigten Forderungen erzielt. „Wir dürfen die Bauern nicht radikalen Rattenfängern überlassen“, warnte Schmidt.

Landwirtschaftsminister Höcherl (CSU) entgegnete, die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft sollten breite Unterstützung in der Bevölkerung finden. Er werde sich dafür einsetzen, daß die zugesagten Anpassungshilfen für die deutsche Landwirtschaft „nachgeholt“ würden, sobald die Haushaltslage es gestatte. Ein erster Schritt auf diesem Wege sei die am Mittwoch vom Haushaltsausschuß beschlossene Ausweitung des Agrarhaushalts um 200 Millionen DM.

Als Sprecher der Opposition erklärte der FDP-Abgeordnete Fritz Logemann, die Bauern hätten das Vertrauen zur Agrarpolitik der Bundesregierung verloren. Höcherl

solle „die Konsequenzen“ daraus ziehen, daß seine Politik nur noch Widerspruch finde.

Weil Erzeugerpreissteigerungen und die Erfüllung des EWG-Anpassungsgesetzes ohne stichhaltige Gründe nicht vorgenommen worden seien, seien heute auch strukturell gesunde größere Höfe infolge hoher Verschuldung finanziell in Gefahr.

Der CSU-Abgeordnete Jos. Bauer (Wasserburg) meinte, auch die Zulassung Nebenerwerbsbetriebe seien keine „Fußkranken“ der Agrarpolitik, sondern gesunde mittelständische und selbständige Existenzen. Den Bauern müsse wenigstens ihr jetziges Einkommen gesichert bleiben.

Der SPD-Abgeordnete Schmidt-Gellersen warf Höcherl vor, sich noch nicht zum Handeln entschließen zu können. Die Bundesregierung sei in der Agrarpolitik in Lethargie verfallen.

Run auf Gold unvermindert

FRANKFURT (ap). Die Goldspekulationen in Zürich, London, Paris und Frankfurt haben gestern beanruhigende Dimensionen angenommen. Alle bisherigen Umsatzrekorde wurden in den Schatten gestellt.

Einige Schweizer Banken geben zum Kurs von 35 Dollar je Unze nur noch begrenzte Mengen ab. Aus Zürcher Bankkreisen war gestern zu hören: „Es liegt etwas in der Luft“. Einige der Schweizer Banken erwarten, daß die USA in Kürze die Goldverkäufe einstellen werden. Das würde die Entstehung eines freien Goldmarktes fördern, der den Goldpreis auf 50 Dollar je Unze und höher treiben könnte.

Handel in London eingeschränkt

Zum ersten Mal seit Bestehen des internationalen Goldpools im Jahr 1960 wurde gestern der Goldhandel in London eingeschränkt. Gold wurde nur noch in größeren Mengen und zum erhöhten Preis von 35,20 Dollar abgegeben.

Der gesamte Tagesumsatz in London dürfte nach Schätzungen von Maklerkreisen 100 Tonnen erreichen. In Zürich wurde allein der Vormittagsumsatz auf 60 bis 80 Tonnen geschätzt.

Ulbricht lehnt schroff ab

Vor Gewaltverzicht muß erst die DDR anerkannt werden

BERLIN (dpa/upi). In einer Antwort auf den „Bericht zur Lage der Nation“ lehnte gestern der DDR-Staatsratsvorsitzende Ulbricht das von Kiesinger vorgelegte inner-

deutsche Verständigungsprogramm schroff ab.

Ulbricht fragte in seiner von Funk und Fernsehen übertragenen Rede den Bundeskanzler: „Wie soll es eigentlich einen ehrlichen und verbindlichen Gewaltverzicht zwischen den beiden deutschen Staaten geben können, wenn die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik den Vertragspartner, nämlich die Deutsche Demokratische Republik, nicht anerkennt, ja ihre völkerrechtliche Existenz bestreitet?“

Keine Antwort auf Einzelvorschläge

Auf die Einzelheiten von Kiesingers Angeboten zur Erleichterung des Lebens im gespaltenen Deutschland ging der SED-Chef in seiner mehr als 20 Manuskriptseiten umfassenden Ansprache überhaupt nicht ein.

● Kiesinger habe sich ausdrücklich geweigert, von der „Alleinvertretungsmaßnahme“ gegenüber der DDR abzusehen, die eine potentielle Kriegserklärung an die Adresse der DDR darstelle.

Kurz auf das Berlin-Problem eingehend erklärte der SED-Führer, Kiesinger habe unmißverständlich durchblicken lassen, daß die Bundesregierung ihre „völlig irrealen Absicht“ aufrecht erhalte, sich Westberlin einzuverleiben. Hierzu muß er (Ulbricht) erneut erklären, Westberlin habe niemals zur Bundesrepublik gehört und werde auch niemals ein Teil von ihr sein. Westberlin sei „eine besondere politische Einheit“.

Kabinett verabschiedet Finanzänderungsgesetz

Bund und Länder stellen sich drei Gemeinschaftsaufgaben

BONN (up/ap). Das Bundeskabinett hat gestern den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Grundgesetzes für die Verwirklichung der Finanzreform beschlossen. Die Gesetzesvorlage wird jetzt dem Bundesrat zur Beratung zugeleitet.

Nach der Kabinettsitzung erklärte Bundesfinanzminister Strauß, mit diesem Entwurf sei der erste Schritt für eine Finanzverfassung getan, die eine „gesehliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung“ in der Bundesrepublik gewährleisten werde.

Im Mittelpunkt der Vorlage steht die verfassungsrechtliche Verankerung von Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder. Danach gelten künftig als Gemeinschaftsaufgaben:

- Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur,
- Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes.

Ferner enthält der Gesetzentwurf die erforderlichen verfassungsrechtlichen Regelungen für die Verwirklichung der Gemeindefinanzreform. Bund und die Länder werden nach diesem Entwurf ab 1. Januar 1970 für die Dauer von zwei Jahren 40 Prozent des Aufkommens aus der Gewerbesteuer der Gemeinden übernehmen und den Steuerausfall der Gemeinden durch eine Beteiligung der Gemeinden an der Einkommen- und Lohnsteuer ausgleichen.

Strauß kündigte insgesamt sechs Ausführungsgesetze an, mit deren Ausarbeitung bereits im Sommer begonnen werden soll.

- Ausbau und Neubau von Hochschulen,



EINEN PLATZ im Hamburger Panoptikum wird der deutsche Bundeskanzler Kiesinger erhalten. Von der Hamburger Bildhauerin Wöbbköke-Nagel wird noch einmal sorgsam die Frisur geglättet und abgehärtet — als Ausstellungsstück in das bekannte Wachsfigurenkabinett der Hansestadt.